

## **ANTRAG**

**der Fraktion der NPD**

### **Einsetzung einer Enquete-Kommission „Drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und nachhaltige Gegenstrategien“**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag erkennt, dass die drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern das drängendste Problem der Gegenwart ist und der Zukunft sein wird.
2. Der Landtag setzt daher eine Enquete-Kommission „Drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und nachhaltige Gegenstrategien“ ein. Ihre Aufgabe besteht darin, nachhaltige Gegenstrategien zu entwickeln, um der drohenden Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern wirkungsvoll zu begegnen.

Die zu bildende Enquete-Kommission soll besonders Initiativen, Gutachter und Sachverständige berücksichtigen, die das Ziel verfolgen, dem Trend der Vergreisung entgegenzuwirken. Sie sollen dabei die Möglichkeit erhalten, ihre Vorstellungen und ggf. auch Projekte zu präsentieren. In diesem Zusammenhang fällt der genannten Enquete-Kommission „Drohende Vergreisung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und nachhaltige Gegenstrategien“ nicht zuletzt die Aufgabe zu, bisher ergangene Maßnahmen, die sich die Minderung der selektiven Abwanderung und des Geburtendefizits zum Ziel gesetzt haben, zu bündeln. Das von der zu bildenden Enquete-Kommission zu erhebende Material soll der Landespolitik als Grundlage für zielgerichtetes und effizientes Handeln dienen.

3. Die Enquete-Kommission legt dem Landtag bis zum 31.12.2010 einen Zwischenbericht vor.

4. Der Enquete-Kommission gehören 21 Personen an, die von den Fraktionen des Landtages benannt werden. Gemäß § 4 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquete-Kommissionen des Landtages Mecklenburg-Vorpommern (Enquete-Kommissions-Gesetz - EKG M-V) vom 9. Juli 2002 müssen mindestens elf von ihnen Mitglieder des Landtages sein.

Hierzu benennt,

- die Fraktion der SPD sieben Mitglieder, darunter mindestens vier Mitglieder des Landtages,
- die Fraktion der CDU sieben Mitglieder, darunter mindestens vier Mitglieder des Landtages,
- die Fraktion DIE LINKE vier Mitglieder, darunter mindestens zwei Mitglieder des Landtages,
- die Fraktion der FDP zwei Mitglieder, darunter mindestens ein Mitglied des Landtages,
- die Fraktion der NPD ein Mitglied.

Die Benennung ist innerhalb von drei Wochen nach der Beschlussfassung über die Einsetzung der Enquete-Kommission gegenüber der Präsidentin des Landtages vorzunehmen.

5. Der Vorsitzende der Enquete-Kommission und sein Stellvertreter werden gemäß § 5 des Gesetzes über die Einsetzung und das Verfahren von Enquete-Kommissionen vom 9. Juli 2002 vom Landtag gewählt. Die/der zu wählende Vorsitzende und die/der zu wählende stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission werden auf die von den Fraktionen zu benennenden Mitglieder der Enquete-Kommission angerechnet.
6. Die Enquete-Kommission und die Fraktionen werden mit den notwendigen Personal- und Sachmitteln ausgestattet.

**Udo Pastörs und Fraktion**

**Begründung:**

Die Vergreisung weiter Landstriche von Mecklenburg-Vorpommern ist unzweifelhaft eines der größten Probleme des Landes.

Die Notwendigkeit, dass sich die zu bildende Enquete-Kommission mit diesem umfassenden und bedeutsamen Sachverhalt auseinandersetzen muss, verdeutlichen beispielhaft die folgenden Fakten:

1. Seit 1990 hat Mecklenburg-Vorpommern durch Abwanderung und Geburtenrückgang bereits ca. 230.000 Einwohner verloren. Bis zum Jahr 2020 wird ein jährlicher Bevölkerungsrückgang von jährlich ca. 0,6 Prozent erwartet.
2. Im Landkreis Uecker-Randow kommen zum Beispiel bei den 18 bis 29 Jahre alten Einwohnern auf 100 Männer lediglich 74 Frauen.
3. Nach Angaben des Statistischen Amtes von Mecklenburg-Vorpommern lag die durchschnittliche Zahl an Kindern bei 386.700 erziehenden Haushalten im Jahr 2008 bei 1,43 (1991 waren es im Durchschnitt 1,66).
4. Für das Jahr 2015 prognostiziert das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung einen sogenannten „zweiten Wendeschock“ für Mecklenburg-Vorpommern. Die Wissenschaftler warnen, dass dann nicht nur die Kinder, sondern auch die Eltern fehlen werden.

Die alarmierenden Zahlen sind letztlich das Ergebnis einer verfehlten Politik der Altparteien, der es bislang an der Setzung von entsprechenden Rahmenbedingungen fehlte.